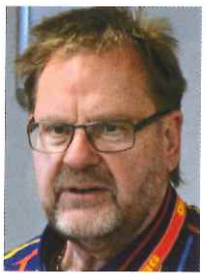
BÜRGERMEISTERFORUM IN DÜSSELDORF

Welche Bäder braucht das Land?

Rund 100.000 Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Unterschrift die DLRG-Kampagne »Rettet die Bäder!« gegen das schleichende Bädersterben bereits unterstützt. Dies deutet darauf hin, dass in der Bevölkerung großes Interesse und hohe Betroffenheit vorliegen. Dem Problem der Bäderschließungen sehen sich nicht zuletzt viele Kommunen ausgesetzt. Der DLRG ist es ein besonderes Anliegen, diesen dabei beratend zur Seite zu stehen. So veranstaltet der Bundesverband regelmäßig sogenannte Bürgermeisterforen, auf denen mit Oberbürgermeistern, Bürgermeistern, Vertretern aus der Bäderbranche und anderen über mögliche Lösungen diskutiert wird.

Zuletzt lud die DLRG im März nach Düsseldorf zum Meinungsaustausch. Mit dabei waren neben knapp 30 kommunalen Vertretern bereits bekannte Referenten vergangener Foren, die mit ihren Vorträgen und Praxisbeispielen abermals zu überzeugen wussten und mögliche Verfahrensweisen aufzeigten.

Bürgerbad, ...



Den Auftakt machte Dr. Hartwig Carls-Kramp vom Netzwerk Bürgerbäder e.V. mit der Vorstellung des Konzeptes der sogenannten Bürgerbäder. In diesem Zusammenschluss organisieren sich öffentliche Frei- und Hallenbäder in privatrechtlicher, gemeinnütziger Trägerschaft – vom Verein über die GmbH bis hin zur Stiftung. Auf diese Weise ermöglichen hier engagierte Bürger den Betrieb der Bäder selbst. Lediglich das Fachpersonal ist in der Regel fest angestellt. Für die Kommunen, die meist mit leeren Kassen zu kämpfen haben, entstehen so weniger Kosten. Zwar leisten Städte oder Stadtwerke einen Zuschuss, das Meiste wird jedoch ehrenamtlich oder durch befreundete Firmen und Netzwerke erledigt. Dadurch entsteht gleichzeitig eine hohe Identifikation der Bürger mit »ihrem« Schwimmbad. »Die Herausforderung dabei ist jedoch, die Helfer immer wieder bei der Stange zu halten und zu binden – nur so kann ein Bürgerbad funktionieren«, betont Carls-Kramp.

... Genossenschaft ...

Das Freibad Hänigsen wird seit 2010 von einer Genossenschaft betrieben.

Foto: DLRG Hänigsen (Archiv-Bild)

In eine ähnliche Richtung geht das Konzept von Rainer Lindenberg vom Freibad Hänigsen eG (Region Hannover). Im Jahr 2010 entschieden sich einige Hänigser Bewohner dazu, sich zu einer Genossenschaft zusammenzuschließen und das Bad von der Gemeinde zu übernehmen, um die drohende Schließung abzuwenden (wir berichteten im Lebensretter 4/2011). Mittlerweile zählt die Vereinigung über 1.500 Mitglieder. Auch durch diese Form des Zusammenschlusses entsteht eine hohe Identifikation der Bürger mit dem Bad vor Ort. »Entscheidender Faktor ist jedoch, dass ein gewisser Grad an Betroffenheit in der Bevölkerung vorhanden sein muss und die Bürger das Heft in die Hand nehmen wollen. Gelingt es, Kommunen, Betroffene und Verbände zum gemeinsamen Han-

Bürgermeisterforum 2019

Fotos (5): Christopher Dolz

deln zu motivieren, können weitere Schließungen zum Wohle der Gesellschaft vermieden werden«, so Lindenberg.

… oder interkommunale Zusammenarbeit?

Dr. Christian Kuhn von der Deutschen Sportstättenbetriebs- und Planungsgesellschaft mbH & Co. KG ging in seinen Ausführungen auf die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit ein.
Nach einer gründlichen Bedarfsanalyse im Vorfeld können sich durch eine Kooperation beispielsweise zweier Städte positive Wechselwirkungen – insbesondere hinsichtlich Instandhaltungs-, Personal- oder Energiekosten – ergeben. Einerseits kann so der Bedarf ganzer Regionen befriedigt werden, andererseits lassen sich örtliche Konkurrenzen vermeiden. »Leider macht jedoch oftmals lokales, politisches Denken alle fachliche Sinnhaftigkeit zunichte, sodass am Ende doch nicht an einem Strang gezogen wird«, bedauert Kuhn.

Schwierige Datenlage

Die geschilderten Konzepte sind sicher Alternativen, um die Schließung eines Schwimmbades im Einzelfall zu verhindern. Eine grundlegende Lösung für das Problem sind sie nicht. Mit der Petition »Rettet die Bäder – Schwimmbadschließungen stoppen!« fordert die DLRG deshalb einen neuen »Goldenen Plan«, appelliert also an die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen für eine bundesweit bedarfsgerechte Bäderversorgung.
Voraussetzung für eine nachhaltige und dezidierte Stadt-, Regional- oder Sportstättenentwicklung sind zunächst jedoch valide empirische und vor allem belastbare Grundlagen. Diese sind Stand jetzt leider noch nicht hinreichend gegeben. Dabei sind sie so wichtig, um etwa beteiligten Sportorganisationen, Bürgern, Verwaltungen, Badbetreibern und vor allem politischen Akteuren profunde Daten an die Hand geben und auf deren Basis mögliche Konzepte erstellen zu können.

Prof. Dr. Lutz Thieme von der Hochschule Koblenz hat es sich aus diesem Grund mit seinem Team zur Aufgabe gemacht, die benötigte Datenlage zu schaffen. Mit dem Projekt »Bäderleben« verfolgt er unter anderem das Ziel, verlässliche Daten zu allen Schwimmbädern in Deutschland (inklusive Ausstattungsmerkmalen) zu erheben sowie ein Informations- und Auswertungstool zu entwickeln.

Wirkungsvolle Argumente gesucht

Seit Jahren beklagt die DLRG das anhaltende Bädersterben und hat das Thema insbesondere mit der aktuellen Petition wieder verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gehoben. Darüber hinaus berichtet die DLRG jährlich über die Zahl der Ertrunkenen in Deutschland. Dabei wird zumeist der Zusammenhang mit der zurückgehenden Schwimmfähigkeit sowie dem schleichenden Bädersterben hergestellt.
Sportwissenschaftler Thieme beobachtet diese Entwicklung und Darlegung seit Langem aufmerksam und stellte sich die Frage, ob diese Argumentation überhaupt dazu geeignet ist, Gelder für Bäder im kommunalpolitischen Verteilungswettbewerb zu akquirieren.
Zwar seien die von der DLRG regelmäßig veröffentlichten Ertrinkungszahlen valide, Zahlen zum Bäderbestand, zu Schließungen oder zum damit verbundenen Zusammenhang »Bäder – Badetote« seien jedoch fehleranfällig und ungesichert.
Thieme und sein Team haben sich deshalb verschiedene andere infrage kommende Argumentationsmuster angeschaut und kritisch hinterfragt. Ein mögliches Muster wäre etwa die Forderung an die Volksvertreter, ihre politischen Versprechen auch einzuhalten. Schließlich stehe doch das Schulschwimmen im Lehrplan. Fällt es aus, müssten die Länder eingreifen. Dass diese Argumentation wenig Erfolg verspricht, erklärt Thieme mit der Tatsache, dass die Ausfallquoten von Schulschwimmen nur in wenigen Bundesländern ermittelt würden.
Weiterhin könnte man argumentieren, dass Schwimmen Teilhabe ermöglicht. Die Fähigkeit des Schwimmens verschaffe Zugang zu Spiel, Sport und Freizeit im Wasser. Dies sei zwar für bildungsnahe Schichten unproblematisch, schwieriger werde es dagegen für bildungs- und »wasserferne« Bevölkerungsschichten. Die soziologischen Zusammenhänge seien laut Thieme derzeit jedoch nicht ausreichend erforscht und belegt.
In eine ähnliche Richtung gehen die Argumentationen, vergleichbare Lebensverhältnisse zu schaffen oder an die soziale Funktion von Bädern zu denken. Einerseits sei die relativ teure Infrastruktur, die das Betreiben eines Schwimmbades nun einmal bedingt, in reicheren Kommunen eher vorhanden und zu stemmen als in ärmeren Gegenden. Andererseits sei es wissenschaftlich kaum nachgewiesen, ob Bäder tatsächlich Treffpunkte verschiedener sozialer Milieus seien. Auch hier ist die Datenlage dürftig und im Falle einer Diskussion gebe es immer Negativbeispiele, bei denen die Situation noch misslicher ist.

Datenbank soll kommen

Spätestens jetzt wird deutlich, was alle möglichen Argumentationsmuster gemeinsam haben: Es fehlen valide Datengrundlagen. Viele Vergleiche hinken bereits von vornherein ob mangelnder Daten und noch erheblichem Forschungsbedarfs. Das möchten Thieme und sein Team mit dem Projekt Bäderleben (www.baederleben.de) ändern. Durch finanzielle Unterstützung des Bundesinstituts für Sportwissenschaft sollen gemeinsam mit Partnern wie der DLRG, dem Deutschen Olympischen Sportbund oder dem Deutschen Schwimmverband Daten erhoben und angereichert werden. Dazu sollen zum einen vor allem die Gesundheitsämter befragt werden, die regelmäßig die Wasserqualität der Bäder prüfen. Zum anderen sollen die daraus resultierenden Daten durch umfangreiche Onlinerecherchen unterstützt werden, um öffentlich zugängliche Strukturdaten der Bäder zu sammeln. Im Frühjahr 2020 will das Team eine öffentlich zugängliche Datenbank starten und in Zukunft alle fünf bis sieben Jahre die Daten wieder abgleichen, um möglichst gesicherte Daten anbieten zu können und die Bürgerbeteiligung sowie verbandspolitische Diskussionen zu stärken.

Christopher Dolz